

BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG

Nr. 43-2 vom 6. Mai 2026

Rede der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Reem Alabali Radovan,

eingangs der Befragung der Bundesregierung
vor dem Deutschen Bundestag
am 6. Mai 2026 in Berlin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir erleben gerade eine weltweite Krise. Der Krieg am Persischen Golf und die Schließung der Straße von Hormus treiben die Energie- und Lebensmittelpreise in die Höhe. Das merken wir natürlich hier bei uns in Deutschland. Das merken aber vor allem die Menschen in den ärmsten Ländern der Welt. Das Welternährungsprogramm warnt, dass allein durch die Blockade der Straße von Hormus zusätzlich bis zu 45 Millionen Menschen von Hunger bedroht sind.

Als Weltgemeinschaft müssen wir in dieser Krise reagieren. Deshalb arbeite ich gemeinsam mit internationalen Partnern mit Hochdruck an Instrumenten, um die akuten Auswirkungen der Krise zu bewältigen und langfristige Lösungen zu finden.

Bei der Tagung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank im April habe ich mich für eine gemeinsame Krisenreaktion der Weltbank eingesetzt. Sie wird in den nächsten 15 Monaten bis zu 100 Milliarden US-Dollar bereitstellen, um die am stärksten betroffenen Länder zu unterstützen. Beim Treffen der G7-Entwicklungsminister und -ministerinnen letzte Woche haben wir vereinbart, dass die Düngemittelproduktion in Ländern des Globalen Südens gestärkt werden muss. So werden die Länder unabhängiger von Importen und damit auch von den Engpässen und Preissteigerungen beim Dünger, die aktuell die Ernten eines ganzen Jahres gefährden.

Wir sehen aber auch, dass Prävention in der Entwicklungszusammenarbeit funktioniert, zum Beispiel in Äthiopien, das weniger stark von den Düngemittelausfällen betroffen ist, weil wir eben dort die Kleinbauern bei der Produktion von organischen Düngemitteln unterstützen. Das gilt auch für Kenia, wo wir im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit beim Ausbau der erneuerbaren Energien unterstützen. Das führt dazu, dass rund 90 Prozent des Stromes in Kenia aus erneuerbaren Energien kommt und das Land somit weniger stark von der aktuellen Krise betroffen ist.

Das zeigt also: Prävention wirkt. Deshalb ist klar: Die Mittel für Entwicklungspolitik im Bundeshaushalt müssen stabil bleiben. Gerade in diesen krisenhaften Zeiten, gerade jetzt, wenn wichtige Partner international wegbrechen und Kürzungen überall einschlagen, müssen wir deutlich machen: Wir dürfen keinen historischen Bruch der Entwicklungszusammenarbeit riskieren, und wir als Deutschland müssen in Krisen verlässlicher Partner für unsere Partner im Globalen Süden sein.

Vielen Dank.

* * * * *